

Attac Factsheet: Palmöl - Menschenrechte im Würgegriff

Es ist kaum möglich, in einem landläufigen Supermarkt einzukaufen, ohne dass Palmöl mit im Korb liegt – oder für die Autofahrt dorthin an der Tanksäule gezapft wird. Zugleich ist der Rohstoff massiv umkämpft: Bauern-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen protestieren, die Politik schafft zweifelhafte Lösungsvorschläge und die Wirtschaft zaubert grüne Deckmäntelchen. Etwa die Initiative „Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl“ (RSPO), dessen Siegel verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen hervorheben soll. Doch ohne echte Verbesserungen: weiterhin geht die Palmöl-Produktion mit massiven Menschenrechtsverletzungen einher, auch bei gesiegelten Produkten.

Palmöl - die Pflanze

Die Ölpalme stammt ursprünglich aus dem tropischen Westafrika und gelangte in der Kolonialzeit zunächst als Zierpflanze nach Südostasien. Erste Großplantagen entstanden in Indonesien und in Malaysia zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die Palme kann bis zu 30 Meter hoch werden. Ihre Steinfrüchte wachsen in schweren Büscheln in den Blattachsen und können nach ca. 3 Jahren das erste Mal geerntet werden. Dabei werden die bis zu 50kg schweren Bündel mit einer langen Bambusstange, an deren Ende eine Art Sichel befestigt ist, abgeschlagen. Die höchsten Erträge erreicht die Pflanze zwischen dem sechsten und zehnten Jahr, nach ungefähr 25 Jahren werden die Bäume wegen Unwirtschaftlichkeit ersetzt.

Nach der Ernte müssen die Früchte möglichst schnell verarbeitet werden, da sie leicht verderben. In Ölmühlen werden die Nüsse aus dem Fruchtstand herausgetrennt, erhitzt und aufgebrochen. Aus dem Fruchtfleisch wird orangerotes Palmöl gepresst, aus dem Samen wird Palmkernöl gewonnen. Palmölraffinerien befinden sich sowohl in den Produktions- als auch Abnehmerländern.

Palmöl und Palmkernöl – breite Verwendung

Palmöl gehört zu den wichtigsten weltweit gehandelten landwirtschaftlichen Rohstoffen. 2016/2017 wurden über 65 Millionen Tonnen Palmöl und Palmkernöl hergestellt, Tendenz steigend.¹ 85 Prozent der globalen Produktion stammen aus Indonesien und Malaysia. 2016 importierte die EU 6,43 Millionen Tonnen Palmöl; auf Deutschland entfielen davon nach Angaben der Bundesregierung 1,34 Mio t.

Beide Öle liefern Fette für die Herstellung von Lebensmitteln, Süßwaren, Kosmetikartikeln, Tierfutter, Reinigungs-, Wasch- und Schmiermitteln. Auch in der Pharmazie, bei der Herstellung von Kerzen oder als Weichmacher in PVC werden die Öle eingesetzt. Palmöl steckt in jedem zweiten Supermarktprodukt.

Da der Schmelzpunkt der Öle über der Raumtemperatur liegt, müssen sie nicht mehr künstlich gehärtet werden. Dies spart besonders in der Nahrungsmittelindustrie Kosten. Zudem sind Ölpalmen erheblich ergiebiger als andere Ölpflanzen, und ihre Ölprodukte sind auf dem



¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/443045/umfrage/produktion-von-palmoel-weltweit/>

Weltmarkt deutlich günstiger als andere Pflanzenöle.

Die Produktion von Palmöl boomt insbesondere, nachdem die EU 2009 die gesetzliche Beimischungspflicht von sog. Biotreibstoffen in Benzin und Diesel beschlossen hatte; fast die Hälfte des importierten Palmöls fließt in Agrodiesel – Pkw und Lkw verbrannten 2014 in ihren Motoren mehr als drei Millionen Tonnen Palmöl. Dabei ist wegen der Abholzung die Klimabilanz von Agrodiesel auf Palmölbasis laut einer Analyse der NGO T&E (2016) dreimal schlechter als die von herkömmlichem Diesel.²

Palmöl – Verhängnis für Umwelt und Menschen

Indonesien ist sowohl dem UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte als auch dem UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte beigetreten.³ Doch gegen die darin niedergelegten menschenrechtlichen Pflichten verstoßen indonesische Regierungen durch ihre Förderung der Palmölproduktion in umfassender Weise. Zugleich wird deutlich, wie eng der Schutz der Umwelt und der Menschenrechte zusammenhängen. Denn die Ausdehnung der Plantagen durch den weltweit steigenden Verbrauch von Palmöl verdrängt den Regenwald und hat damit dramatische Auswirkungen auf die Lebenssituation der dort lebenden Bevölkerung: Regenwälder werden illegal gerodet, indigene Völker und Kleinbauern von ihrem Land vertrieben, bedroht und kriminalisiert. Daran hat auch die Einrichtung des RSPO (s.u.) nichts geändert.

Der indonesische Staat, Unternehmen und Lieferketten global agierender Konzerne sind weit davon entfernt, entsprechend ihren Sorgfalts-

pflichten nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte Verantwortung zu übernehmen.

- Rund die Hälfte aller tropischen Torfmoore, ein global wichtiger CO₂-Speicher, befinden sich in Indonesien. Allein durch die Abholzung und Verbrennung von Torfmoorregenerwäldern werden jährlich zwei Mrd. Tonnen Kohlendioxid in die Luft abgegeben. Während der Trockenzeit kommt es wegen illegaler Brandrodungen durch Plantagenbesitzer zu riesigen Waldbränden. Laut Greenpeace Deutschland befanden sich 39 Prozent der Brandherde, die zwischen Januar und Juni 2013 in der Provinz Riau auf Sumatra wüteten, auf Gebieten von RSPO-Mitgliedern. 2015 erreichten die Brände ein besonders verheerendes Ausmaß. Wochenlang wurde Südostasien von giftigem Rauch überzogen, mit schweren Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Hunderttausende wurden wegen Atemwegsbeschwerden im Krankenhaus behandelt. Geschätzte 100.000 Menschen sind laut einer Studie der Universitäten von Harvard und Columbia zu Tode gekommen; die indonesische Regierung hingegen bezifferte die Zahl der Toten mit 24⁴. Die indonesische NGO Wahli wertete Satellitendaten aus und fand Feuer bei 27 Firmen der Wilmar Group und 19 Firmen von Sinar Mas, ebenfalls ein RSPO-Mitglied⁵.
- Durch die Regenwaldvernichtung entstehen an Stelle artenreicher Ökosysteme Monokulturen, die der lokalen Bevölkerung in vielen Fällen ihre Lebensgrundlage und die Rechte auf ihr Land entziehen. Im Ergebnis gibt es zahlreiche Landkonflikte zwischen Palmölkonzernen und (indigener) Bevölkerung, die meist zu Lasten Letzterer gehen. 2013 regis-

² www.transportenvironment.org/what-we-do/biofuels/10-facts

³ Am 23.2.2006: CCPR und CESCR - https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/TreatyBodyExternal/Treaty.aspx?CountryID=80&Lang=EN

⁴ www.greenpeace-magazin.de/ticker/studie-mehr-als-100-000-tote-durch-waldbraende-2015-indonesien-0

⁵ Siehe K. Hartmann, Die Grüne Lüge, 2018, S.89

trierte das nationale Landbüro Indonesiens 3000 solcher Landkonflikte⁶ – dabei gibt es offenbar keinen Unterschied zwischen RSPO- und Nicht-RSPO-Mitgliedern.

In der Provinz Jambi / Insel Sumatra befindet sich die indigene Gemeinschaft der Suku Anak Dalam seit über 30 Jahren in einem Landkonflikt mit der später verkauften Wilmar-Tochter PT Asiatic Persada. Entgegen der ILO-Konvention zu den Rechten indigener Völker hatte die Palmölfirma den Regenwald der Waldnomaden ohne deren Zustimmung abgeholzt. Obwohl sie ihren „Wald der Ahnen“ besetzten, wurde weiter illegal abgeholzt. Die Indigenen wurden eingeschüchert und kriminalisiert. Mit Eisenstangen prügelten 2014 Sicherheitskräfte der Firma mehrere Männer krankenhaushausreif, einer von ihnen starb. Auch Mitglieder von lokalen NGOs, die sich für die Rechte von Indigenen einsetzen, sind gefährdet.⁷

- Ca. ein Drittel der Palmölplantagen wird von Kleinbauern bewirtschaftet; meist arbeiten sie als Vertragsbauern für Palmölfirmen (sog. "Nukleus-Plasma-System"). Sie werden überredet, die Gewohnheitsrechte auf ihr Land an Firmen abzutreten, die auf dem zentralen, größeren Stück Land eine "Kern-Plantage" anlegen. Im Gegenzug erhalten die Kleinbauern das Recht auf ein kleines Stück Land mit Ölpalmen am Rand der Plantage. So sollen sie sich selbst versorgen und Einkommen durch ihre Miniplantage erzielen können. In Wirklichkeit werden die Landversprechen jedoch selten eingehalten und selbst wenn, landen die Bauern in der dauerhaften Abhängigkeit und Schuldenfalle.

⁶ <https://brotfueralle.ch/content/uploads/2017/03/Palmoel-und-Land-Grabbing.pdf> , S.3

⁷ K. Hartmann, Die Grüne Lüge, 2018, S.94; www.robinwood.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Magazin/2014-2/121-44-47-imu3-neu.pdf

Um die Zeit bis zur ersten Ernte zu überbrücken, sind sie auf Kredite angewiesen, die von der Palmölfirma mit einem hohen Zinssatz vergeben werden. Gleichzeitig müssen von diesem Geld auch Dünger, Herbizide und Setzlinge gekauft werden.⁸

- Auf den Plantagen arbeiten die Arbeiter*innen in den unterschiedlichsten flexiblen Arbeitsverhältnissen, weit verbreitet ist der Tagelöhner-Status ohne Arbeitsvertrag. Meist werden die Arbeiter*innen nicht für ihre Arbeitszeit bezahlt, sondern nach hohen Zielvorgaben. Typische Frauenarbeit ist das Ausbringen von Düngemitteln in Handarbeit, bis zu 350kg am Tag, oder das Sprühen von Herbiziden.⁹ Auf Plantagen von Töchtern der Wilmar Group wird Frauen gedroht, ihr Lohn werde unter das gesetzliche Minimum gekürzt, wenn sie keine Überstunden leisten. In extremen Fällen erhalten die Frauen nur 2,50 US-Dollar am Tag.¹⁰
- Damit die Vorgaben erfüllt und der geringe Lohn nicht gekürzt wird, arbeiten Kinder unentgeltlich mit und leisten körperlich harte, z.T. gefährliche Arbeit. Häufig ist ihnen der Schulbesuch durch die Mitarbeit unmöglich.¹¹
- Wie bei allen Monokulturen, so sind auch Ölpalmen für Pflanzenschädlinge besonders anfällig. Äußerst problematisch ist der Einsatz von Paraquat, einem hochgiftigen Herbizid, dessen Verwendung in der EU verboten ist. Indonesien gestattet zwar Verwen-

⁸ K. Hartmann, Aus kontrolliertem Raubbau, 2015, S. 45; www.watchindonesia.org/3156/wir-muessen-unser-konsumverhalten-aendern?lang=de

⁹ O. Pye u.a., ArbeiterInnen in der Palmölindustrie, Stiftung Asienhaus, 2016, S.3

¹⁰ www.amnestyusa.org/files/the_great_palm_oil_scandal_embargoed_until_30_nov.pdf

¹¹ www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/2013/08/aktueller-bericht-indonesisches-palmoel-und-kinderarbeit/ ; K. Hartmann, Die Grüne Lüge, 2018, S.101

derung von Paraquat auf großen Anbauflächen durch staatlich kontrollierte Fachkräfte. Jedoch wird das Gift oft in den Palmöl-Monokulturen von den Arbeiter*innen ohne die notwendigen Schutzmaßnahmen angewendet; und auch Kleinbauern setzen es auf ihren Palmflächen ein. Zusammen mit den massiv eingesetzten Düngemitteln vergiften die Pestizide Wasserläufe und Kanäle. Paraquat-Hersteller Syngenta missachtet mit dem Verkauf elementare Menschenrechte, insbesondere die Rechte auf Gesundheit und der Zugang zu sauberem Wasser. Dabei sitzt der Konzern mit am Tisch des RSPO.¹²

Zerstörung des Regenwaldes, Raubbau, Ausbeutung – wo in Indonesien Ölpalmen angebaut und verarbeitet werden, werden dem Profit Menschenrechte, Landrechte, Klima und der Lebensraum geopfert.

Große Akteure im Palmölgeschäft

Wilmar International

Das Wirtschaftsimperium der „Wilmar Group“ wurde Anfang der 90er-Jahre von Kuok Khoon Hong (Malaysia) und Martua Sitorus (Indonesien) gegründet. Inzwischen ist Wilmar International einer der größten Player im Palmöl-Geschäft Südostasiens. Mit seinen geschätzt 50 Tochterfirmen wurde Wilmar zum weltweit größten Händler von Palm- und Palmkernölen, zum größten Speiseölproduzenten, einem der größten Agrodieselhersteller und zu einem der größten Plantagenbesitzer in Malaysia und Indonesien. Mehr als ein Drittel des global produzierten Palmöls stammt von dem Konzern. Inzwischen besitzt Wilmar fast eine Million Hektar Land auf Sumatra, Kalimantan (Borneo) und Papua (Indonesien), die zurzeit erst teilweise mit Ölpalmen bepflanzt sind. Darüber kaufte

¹² www.publiceye.ch/de/news/runder_tisch_fuer_nachhaltiges_palmoel_rspos_geraehrt_die_gesundheit_von_plantagenarbeitenden/

Wilmar International z.B. die ehemals zu Unilever gehörende Palmölraffinerie Brake bei Bremen und gründete dort mit ADM als Joint Venture Olenex.

Wilmar beliefert u.a. die Konsumgüterriesen Unilever, Nestlé, Procter&Gamble, Kellogg's oder Colgate-Palmolive.

Wilmar bemüht sich seit einigen Jahren demonstrativ um ein sauberes Image, etwa durch seine Mitgliedschaft beim RSPO (s.u.). Doch auch in der jüngsten Zeit wurde dem Unternehmensgeflecht noch nachgewiesen, Arbeitnehmer*innenrechte zu missachten und Kinderarbeit zuzulassen¹³, in großem Maßstab Regenwald abzuholzen¹⁴ und mit (tödlicher) Gewalt gegen protestierende Arbeiter*innen vorzugehen¹⁵.

Unilever

Der britisch-niederländische Konzern mit seinen rund 400 Marken¹⁶ ist mit 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr der weltweit größte Abnehmer von Palmöl und einer der wichtigsten Kunden des Palmölgiganten Wilmar International. Für Margarine und Fertigprodukte wie z.B. Tütensuppen, für Eis und Kosmetika oder Waschmittel kauft der Konzern nach eigenen Angaben jedes Jahr 4 Prozent der weltweiten Produktion. In der Wirtschaftswelt gilt Unilever als Vorzeige-Unternehmen in Sachen Nachhaltigkeit – doch zugleich wird ihm vorgeworfen, sich genau deswegen so gut vermarkten zu können, weil es in entsprechenden Stakeholder-Foren die Kriterien für Nachhaltigkeit kurzerhand selbst fest-

¹³ www.amnesty.org/en/latest/news/2016/11/palm-oil-global-brands-profit-from-child-and-forced-labour/, www.amnesty.org/en/latest/news/2017/03/indonesia-government-must-investigate-wilmar/

¹⁴ www.greenpeace.org/international/press-release/17248/worlds-largest-palm-oil-trader-linked-to-rainforest-destruction-twice-the-size-of-paris

¹⁵ www.regenwald.org/news/8557/polizeiwillkuer-und-gewalt-auf-wilmar-plantage

¹⁶ www.unilever.de/marken

legt.¹⁷ So konnte Unilever immer wieder nachgewiesen werden, auch Palmöl zu verarbeiten, das unter der Verletzung von Menschenrechten produziert wurde (u.a. von Firmen, die RSPO-Mitglied waren oder sind).

Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO)

Der RSPO (Round-Table on Sustainable Palmoil) ist 2004 aus einer Initiative des WWF (World Wildlife Fund) mit Vertretern der Industrie entstanden. Er vertritt die Interessen von Akteuren der verschiedenen Wertschöpfungsstufen von palmölverarbeitenden Industrien (Erzeuger, Händler, Weiterverarbeiter, Konsumgüterhersteller, Einzelhandel), Investoren und Banken.¹⁸ Durch die Einbindung von NGOs soll die Legitimität der Palmölproduktion erhöht werden. Erklärtes Ziel ist die Förderung des Anbaus und der Weiterverarbeitung von nachhaltigem Palmöl. Inzwischen ist RSPO das am meisten genutzte Zertifizierungssystem für sogenanntes "nachhaltiges Palmöl".

Der RSPO hat 1561 Vollmitglieder (Stand Juni 2017), darunter auch Wilmar International und Unilever. Diese haben freiwillig acht RSPO-Prinzipien und weitere Kriterien zu erfüllen, u.a.

- die Einhaltung von Gesetzen und rechtlichen Regelungen, darunter Landnutzungs- und Eigentumsrechte;
- Verantwortung gegenüber der Umwelt und Erhaltung natürlicher Ressourcen sowie der biologischen Vielfalt - das Abholzen von Primärwald und Wald mit hohem Schutzwert ist verboten, jedoch nicht grundsätzlich;
- die Förderung von Kleinbauern; Bildungsangebote für die auf Plantagen lebenden Kinder;
- die Kontrolle der Plantagen durch unabhängige, autorisierte Prüfer.

¹⁷ <https://newint.org/features/web-exclusive/2017/04/13/inside-unilever-sustainability-myth>

¹⁸ www.rspo.org

Bei Verstößen gegen die Prinzipien gibt es ein Beschwerdeverfahren. Für Gemeinschaften, die von Landnahme durch Plantagenerweiterungen betroffenen sind, ist dies jedoch von nur eingeschränktem Wert: weder kennen sie ihre Rechte noch die Kriterien des RSPO. Zudem gibt es keine klare Regelung darüber, was geschehen soll, wenn Unternehmen gegen die eingegangenen Verpflichtungen verstoßen. Ein Ausschluss wegen Fehlverhaltens ist selten. So wurde dem Palmölkonzern IOI 2016¹⁹ erst nach Jahren ständiger Beschwerden wegen illegaler Plantagen auf Gemeindeland und illegaler Rodungen das RSPO-Siegel entzogen; allerdings nur wenige Monate später wieder zuerkannt. 20 Prozent der globalen Produktion erhalten das Siegel für nachhaltiges Palmöl bereits, ist beim RSPO zu lesen. Innerhalb der Zivilgesellschaft ist der RSPO sehr umstritten, er gilt kritischen Verbänden nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems: "[...] das Label [ist] zu einem Instrument der Gewissensberuhigung für Konsument*innen sowie des Reputations-schutzes für Firmen insbesondere in Europa und den USA geworden. Bei der versprochenen Nachhaltigkeit des Labels handelt es sich um einen Etikettenschwindel und die Unternehmen, die auf das Label zurückgreifen, betreiben Greenwashing".²⁰

Forum Nachhaltiges Palmöl (FONAP)

Im September 2013 gründeten die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), WWF, Henkel, Rewe und Unilever das deutsche Forum für nachhaltiges Palmöl (FONAP). Von den 30 Mitgliedern – darunter Bahlsen, Beiersdorf, DM, Edeka, Lidl und Nestlé – sind die meisten auch RSPO-Mitglied. Sie sollen dabei unterstützt

¹⁹ www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160927_greenpeace_crimefile_indonesien_ioi_engl.pdf

²⁰ www.publiceye.ch/fileadmin/files/documents/Handelspolitik/BMF_RSPO_Faktenblatt_2018_02_23.pdf

werden, freiwillig mehr zertifiziertes Palmöl zu beziehen. FONAP greift die Kritik am RSPO in Teilen auf und will versuchen, die Zertifizierungskriterien zu verschärfen. Doch auch bei FONAP handelt es sich um einen Lobbyverband der Palmöl verarbeitenden Industrie, der nicht zuletzt auch dazu dient, das Image des Rohstoffs und dieser Firmen zu verbessern.²¹

Palmöl – heikles Thema zwischen EU und Indonesien

Mit seinen mehr als 260 Mio. Einwohnern ist Indonesien die größte Wirtschaftsmacht innerhalb der ASEAN-Staaten, die EU ist ihr viergrößter Handelspartner. Seit 2016 laufen zwischen der EU und Indonesien Verhandlungen über ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Comprehensive Economic Partnership Agreement – CEPA).²²

Für Indonesien ist das Abkommen vor allem wegen seiner Exporte von Palmöl und mineralischen Rohstoffen wichtig; diese machen rund 80 Prozent des indonesischen Bruttoinlandsprodukts aus. Palmöl aus Indonesien wird in die EU weitgehend zollfrei importiert, die Importmenge stieg der Tendenz nach in den letzten Jahren an.

Allerdings ist Palmöl in den CEPA-Verhandlungen ein höchst umstrittenes Thema. Vor der Verhandlungsrunde im Februar 2018 forderten indonesische Organisationen, Palmöl dürfe nicht Gegenstand des Abkommens sein; das wurde in einer gemeinsamen Erklärung von europäischen und indonesischen NGOs mit Anforderungen an ein CEPA im Interesse von Menschen und Umwelt nochmal bekräftigt.²³ Unter

anderem wurde gefordert, Auflagen zur nachhaltigen Produktion und zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen demokratisch, transparent und ganzheitlich außerhalb von CEPA unter Einbezug von Betroffenen und der Zivilgesellschaft zu verhandeln. Damit soll vermieden werden, dass im Handelsabkommen unkontrollierte Niedrigstandards analog zum RSPO festgeschrieben und damit echte Fortschritte verhindert würden.

Rund die Hälfte der Palmöl-Importe in die EU wird in Motoren verfeuert. Bereits Anfang 2018 hatte das EU-Parlament dafür gestimmt, Palmöl als Basis von Biokraftstoffen ab 2021 zu verbieten, im Mai verlangten indonesische Organisationen/NGOs in einem offenen Brief das Ende von Agrodiesel aus Palmöl.²⁴ Indonesiens Handelsminister verurteilte ein Verbot als unfaire Maßnahme. Um Indonesiens Exportschlager zu schützen, drohte die Regierung in Jakarta der EU damit, als Vergeltung die Geschäftsbeziehungen mit Airbus zu beenden und Waffengeschäfte zu stornieren.²⁵ Mitte Juni 2018 erzielten EU-Parlamentarier*innen, Mitgliedsstaaten und EU-Kommission in einem Dreiertreffen einen Kompromiss: Der Palmölanteil in Agrodiesel soll auf dem Stand von 2019 eingefroren, aber erst zwischen 2023 und 2030 schrittweise abgebaut werden.²⁶

Ende 2019 sollen die Verhandlungen zu CEPA abgeschlossen sein. Tritt das Abkommen in seiner jetzigen Form in Kraft, wird es den Handel mit Palmöl steigern – trübe Aussichten für Umwelt und Menschenrechte.

²¹ www.robinwood.de/pressemitteilungen/%E2%80%9Enachhaltiges-palm%C3%B6l%E2%80%9C-auf-dem-weg-zu-100-prozent-scheinheiligkeit

²² power-shift.de/wp-content/uploads/2018/02/factsheet_indonesien_web.pdf

²³ www.asienhaus.de/aktuelles/detail/joint-statement-civil-society-statement-on-the-eu-indonesia-comprehensive-economic-partnership-agreement-cepa/

²⁴ https://walhi.or.id/wp-content/uploads/2018/05/Open-Letter-to-President-and-EU-Commission_220518.pdf

²⁵ www.orangutan.de/news/erkennt-die-eu-den-grossen-bluff

²⁶ www.dw.com/de/kompromiss-bei-palmöl-streit-mit-südostasien/a-44305397

Wie könnte den Betroffenen geholfen werden?

Die zahlreichen Menschenrechtsverstöße, die trotz internationaler Aufmerksamkeit und auch im Zusammenhang mit RSPO-Palmöl zu verzeichnen sind, machen auf drastische Weise deutlich, dass freiwillige Selbstverpflichtungen von Konzernen nicht ausreichen. Zum umfassenden Schutz von Menschenrechten entlang von globalen Lieferketten braucht es Verbindlichkeit. Auf Ebene der Vereinten Nationen gibt es eine zwischenstaatliche Initiative für ein verbindliches Abkommen („Binding Treaty“), das die Wahrung der Menschenrechte auch bei international tätigen Konzernen einklagbar machen will. Ein solches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten würde etwa Indonesien und Deutschland als Vertragsstaaten verpflichten, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen gesetzlich festzuschreiben. Die o.g. Verstöße könnten auf diese Weise verhindert oder zumindest sanktioniert werden: Betroffene könnten sich vor Gericht direkt darauf berufen und Entschädigung einklagen. Die Beweislast, sich an die gesetzlichen Auflagen gehalten zu haben, läge bei den Unternehmen. Im

Klagefalle würden Transparenzvorschriften es ermöglichen, Einblick in Unternehmensprozesse zu erhalten und so die nötigen Nachweise zu erbringen.

Die Sorgfaltspflichten würden sich nicht auf die nationale Ebene beschränken, sondern die Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette einbeziehen. Ein verbindliches Abkommen gäbe den Betroffenen die Möglichkeit, auch im Heimatland des Unternehmens zu klagen. Die beteiligten Staaten wären in solchen transnationalen Verfahren gehalten, juristisch zusammen zu arbeiten und z.B. die grenzüberschreitende Beweiserhebungen oder die Vernehmung von Zeugen im Ausland zu erleichtern. Die Ermittlungen könnten nicht mehr mit dem Verweis auf "fehlende Kooperation" eingestellt werden. Zudem würde es Sammelklagen ermöglichen, damit Betroffenen Gruppen wie etwa indigene Gemeinschaften, denen das Land geraubt wurde, ihre Ansprüche mit zumutbarem Aufwand einklagen können, ohne eine Verjährung zu riskieren.

Für ein solches wirkungsvolles Binding Treaty machen wir uns stark!



Weitere Informationen zu unserer Kampagne zum UN Binding Treaty:
www.attac.de/binding-treaty; E-Mail: menschenrechte@attac.de
www.medico.de/menschenrechte-vor-profiten; E-Mail: info@medico.de